

Haushaltsrede 2012

am 26.01.2012, v. Frak.vors. Alfred Honisch



**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren des Weilheimer Stadtrates,
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,**

zunächst kurz und knapp:

**die Fraktion Grüne-UWV-FDP-Nowak stimmt mehrheitlich dem vorliegenden
Haushaltsentwurf zu, mehrheitlich aber nicht einstimmig!**

Strittig ist natürlich die geplante Gewerbesteuererhöhung auf 380 Punkte, die unser Kollege von der FDP so nicht akzeptieren kann. Obwohl auf dem Arbeitsmarkt praktisch Vollbeschäftigung herrscht und die Firmen volle Auftragsbücher haben, hält er 360 Punkte für gerade noch vertretbar. Die Differenz von 20 Punkten oder ca. 480 Tsd. EUR mehr an Steuerabgaben will er der heimischen Wirtschaft nicht zumuten

Zugegeben, die geplante Gewerbesteuererhöhung von 330 auf 380 Punkte ist als Maßnahme zur Verbesserung der Einnahmenseite der Stadt Weilheim nicht gerade von großer Phantasie gekennzeichnet. Denn für die Kommune ist die Gewerbesteuer eine schwankende Finanzierungsgrundlage. Eine sichere Mehreinnahme garantiert die Maßnahme, den Hebesatz zu erhöhen, nicht. Dieser Tatsache sind wir uns sehr wohl bewusst!

Aber diese Steuererhöhung sorgt - neben den ca. 1,2 Mio. EUR Mehreinnahmen - vor allem für mehr **Gerechtigkeit!**

Niemand zahlt gerne Steuern und unser Steuerrecht ist gewiss nicht gerecht. Gerecht wäre es, wenn alle Bürger - entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit - gleichmäßig zur Finanzierung kommunaler Aufgaben herangezogen würden.

Wenn man aber das steuerliche Verhalten der ca. 2000 WMer BetriebsinhaberInnen genauer analysiert, stellt man verblüfft fest, dass überhaupt nur 500 Betriebe Gewerbesteuer zahlen, d.h. gerade einmal ein Viertel!!

Plakativ ausgedrückt bietet unsere Stadt eine Infrastruktur an mit qualitativ hochwertigen Kindergärten, dem gesamten Spektrum an Schulen, Vereinen und anderen Bürgereinrichtungen sowie ein gut ausgebautes innerstädtisches Straßennetz, für die ein Großteil der Firmen genommen über die Gewerbesteuer keinen Finanzierungsbeitrag leistet, weil sie erst gar keine Gewerbesteuer abführen!

Der eine oder andere mag sich da schnell hinter dem deutschen Steuerrecht verstecken, das doch 'zig Ausnahmetatbestände bereithält. Ganz nach dem Motto, je cleverer der Steuerberater, desto mehr "**Flatrate** bei den Steuern".

Aber der gewöhnliche Lohnsteuerzahler in unserer Stadt wird für diese Argumentation keinerlei Verständnis aufbringen!

Ihm wird die Steuer monatlich gleich vom Einkommen abgezogen, ohne wenn und aber. Bei vielen Selbständigen und Unternehmern hat man den Eindruck, dass

es ihren fantasiebegabten Steuerberatern nicht schwer fällt, mit legalen Steuersparmodellen die Steuerschuld stets niedrig zu halten.

Wie sich im Rahmen der **Energiewende** die damit befassten Unternehmen in und um Weilheim gebärden, das muss sich erst noch zeigen!

Deshalb, meine Damen und Herren, es wird höchste Zeit, dass wir nach fast zehn Jahren unverändertem Gewerbesteuersatz durch eine höhere finanzielle Beteiligung der Gewerbetreibenden im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Zu der zentralen Frage, welche Lösung denn die Vertreter der Gewerbetreibenden vorschlagen würden, um für eine dauerhafte Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt zu sorgen wurde übereinstimmend geraten, die Stadt möge offensiver die Neuansiedlung von Gewerbebetrieben fördern! Insbesondere mehr Flächen für die Ansiedelung neuer Gewerbebetriebe ausweisen. Dazu müssen wir von unserer Fraktion heute allerdings feststellen: **Was nützt uns dieses scheinbare Wachstum durch mehr Gewerbe, wenn – wie dargestellt – bei den Steuerzahlen daraus keine höheren Gewerbesteuererinnahmen resultieren?**

Bei den Investitionen zur Realisierung der Weilheimer Energiewende habe ich persönlich den Eindruck, dass wir den Anspruch - vor Ort selbst als Investor aufzutreten – von der Geothermie einmal abgesehen, klammheimlich aufgegeben haben. Bei der Wasser-, Sonnen- und Windkraft sehe ich bis jetzt noch kein stimmiges Konzept, das uns zu örtlichen Energieerzeugern werden lässt.

Ich werde jetzt die vielen schwarzen und roten Zahlen der einzelnen Haushaltsposten nicht nochmals aufzählen, denn das Wesentliche an diesem Haushaltsentwurf ist doch die Frage, wie wir trotz aller Widrigkeiten einen **genehmigungsfähigen Haushalt** zustande bekommen. **Aber, wir schaffen es!**

Zum einen ...mit staatlicher Hilfe, in Form von

- 932 Tsd. EUR an **Schlüsselzuweisungen v. Freistaat**,

und eigenen Anstrengungen durch

- 1,97 Mio. EUR **Zuführungen** vom Verwaltungshaushalt,
- 853 Tsd. EUR **Rücklagenentnahme** und
- erneute **Schulden** von 2 Mio. EUR bei der BayernLabo*)-Bank, allerdings zu Null Prozent Zinsen.

Andernfalls wäre der 2012er Haushalt von Seiten des Landratsamts nicht genehmigungsfähig! Denn eines steht schon heute fest. Nächstes Jahr, bei ähnlicher Einkommenssituation, wird aus dem bloßen Sparen der reine Verzicht auf weitere Investitionen!

Die Diskussion des aktuellen Haushalts innerhalb unserer Fraktion war neben der Gewerbesteuererhöhung vor allem auch von der Frage bestimmt, wie der größte städtische Ausgabeposten, nämlich die **Personalausgaben** zu beurteilen sind. Mit anderen Worten „geht da noch was an Einsparungen oder nicht?“

Anders ausgedrückt, wie viel Einsparpotenzial steckt in den aktuell ca. 6,4 Mio. EUR an Personalausgaben, die bereits im nächsten Jahr auf 7,1 Mio. steigen werden?

*) Bayerische Landesbodenkredit Bank

Ausreichende Antworten hierzu können - unserer Einschätzung nach - nur durch die Überprüfung seitens einer **Unternehmensberatung** gefunden werden, was wir demnächst beantragen werden.

Gleiches befürworten wir auch für das Kommunalunternehmen „**Stadtwerke**“. Hier wurden zwar die sogenannten „Daueraufträge“ der Stadt, etwa der periodische Winterdienst, das Mähen der Grünanlagen, der Unterhalt der Spielplätze usw. auf ihren notwendigen Umfang hin durchforstet. Dennoch vermuten wir bei dem dritthöchsten Ausgabeposten der Stadt mit ca. 3,3 Mio. EUR noch Einspar-möglichkeiten, die über die 72 Tsd. EUR für 2012 hinausgehen.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Schluss noch auf eines hinweisen.

Ein gutes Stück mehr Gerechtigkeit bei der Finanzierung eines kommunalen Haushalts erreicht man nicht nur durch eine gewisse Ausgewogenheit bei der Gebühren- und Steuererhebung.

Wenn in einer Kommune immer öfters nur noch begrenzte Finanzmittel zur Verfügung stehen, kehrt dauerhafte Gerechtigkeit und Zufriedenheit nur durch mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zurück.

Solange ein Haushaltsplan *von Fachleuten für Fachleute* geschrieben ist, können die Betroffenen des Haushaltsplanes, mit dieser Art der Information nur wenig anfangen. Deswegen erneuere ich heute mein Plädoyer für den **Bürgerhaushalt** bei den freiwilligen Aufgaben. Erst damit können wir als Stadtrat ehrlich die Erfahrungen, Bedürfnisse und Forderungen unserer EinwohnerInnen aufgreifen. In mehr als 200 Städte und Gemeinden funktioniert diese Art der Bürgerbeteiligung bereits.

Abschließend geht der Dank unserer Fraktion an Sie, Herr Stadtkämmerer **Scharf**, sowie an Herrn **Friedlmeier** und an all Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das fundierte Zahlenwerk und die geleistete Arbeit.
